

KURZ NOTIERT

- Restmängelbeseitigung in der Liegenschaft Arabella Center: Nachdem der Personalrat im Monatsgespräch vom 17. August 2020 erneut auf die noch immer nicht ausgeführten Restrenovierungsarbeiten und die defekten Außenjalousien im Mietobjekt Arabella-Center eingegangen ist, hatte der Dienststellenleiter sich an die Leitung der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BIMA) gewandt und gefordert, dass die noch ausstehenden Reparaturen zeitnah ausgeführt werden. Nunmehr erfolgte eine Zwischenantwort der BIMA, derer nach durch den Vermieter mitgeteilt wurde, dass bestimmte Ersatzteile zur Reparatur der Außenjalousien fehlen. Die BDZ-Fraktion kritisiert diese nunmehr seit Einzug im Jahr 2019 bestehende Situation zur Restmängelbeseitigung scharf. Sollte sich bis Ende Oktober 2020 nichts getan haben, werden wir gegenüber dem Dienststellenleiter und dem Bezirkspersonalrat (hinsichtlich dem Dialog mit der Leitungsebene der GZD) eine Mietminderung einfordern, um den Druck auf den Vermieter zu erhöhen endlich die noch bestehenden Restmängel und Defekte zu beseitigen.
- Äußerung gem. § 82 BPersVG zur flächendeckenden Echtbetriebsaufnahme des IT-Verfahrens zur Unterstützung der Finanzkontrolle Schwarzarbeit (ProFIS 2.0)

Sitzung vom 28.09.2020

- ✓ 5 vorübergehende Umsetzungen behandelt
- ✓ 34 Fortbildungsveranstaltungen behandelt
- ✓ 1 Auswahlentscheidung auf bundesweite Stellenausschreibungen behandelt
- ✓ 1 Auswahlentscheidung ohne Stellenausschreibungen behandelt
- ✓ 1 Unterstützungsantrag behandelt
- ✓ 1 Absehen von der Ausschreibung von Dienstposten behandelt
- ✓ 1 Abordnung über 3 Monate behandelt



Das Jobticket steht für mobile Nachhaltigkeit, Klimaschutz und Work-Life Balance, der Grundpreis liegt durch Bezuschussung deutlich unter dem Schalterpreis, es ist rund um die Uhr nutzbar, auch privat. Kostenloses Mitfahren eines Erwachsenen und beliebig vieler Kinder an Werktagen ab 19 Uhr, an Wochenenden und Feiertagen machen es als Benefit äußerst interessant und es erhöht damit die Attraktivität des Arbeitgebers.

Erneuter Vorstoß zum Jobticket

Auf Initiative der BDZ-Fraktion hat der Personalrat beschlossen, den neu gewählten 21. Hauptpersonalrat beim Bundesministerium der Finanzen anzuschreiben und unter Bezugnahme auf den bisherigen Schriftwechsel mit dem alten Gremium, auch den neu gewählten HPR um Unterstützung bei der Realisierung eines Jobticketangebotes mit dem Rhein-Main-Verkehrsverbund (RMV) zu bitten. Unsere bisherigen Versuche ein Jobticket mit dem RMV auf örtlicher Ebene zu realisieren ziehen sich bereits über viele Jahre und sind immer gescheitert. Dies liegt primär an der Geschäftsgrundlage des RMV zur Ermittlung von Jobticketpreisen, die deutschlandweit einzigartig ist. Bei anderen Verkehrsverbänden gilt ab dem Erreichen einer im Jobticketvertrag vorgegebenen Mindestabnahmemenge der vergünstigte Jobticketpreis. Nicht so beim RMV, hier lässt sich ein vergünstigter Jobticketpreis in der Realität nur durch eine finanzielle Bezuschussung durch den Arbeitgeber ermöglichen. Der Personalrat wollte dies nicht tatenlos akzeptieren und hat über den Geschäftsführer der RMV GmbH Dr. André Kavai ein Gespräch mit der zuständigen Abteilung Jobticket geführt. Eine angestrebte Ausnahmeregelung (Mindestabnahmemenge) wurde jedoch abgelehnt. Ein Anschreiben der Arbeitsgemeinschaft der Hauptpersonalräte an den hessischen Staatsminister für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Wohnen Tarek Al-Wazir, mit dem Ziel über die hessische Landespolitik auf den RMV einzuwirken, verlief ebenso erfolglos. Tatsächlich ist der RMV als Gesellschaft mit beschränkter Haftung ein Zusammenschluss von 15 Land-

kreisen und 11 Städten, dessen Gesellschafter neben dem Land Hessen alle Kreise und kreisfreien Städte innerhalb des Verbundgebietes sind. Auch das Bundesverwaltungsamt versucht seit Jahren erfolglos ein Jobticket für Bundesbeschäftigte im Einzugsgebiet des RMV zu realisieren. Die einzige Möglichkeit, ein preislich attraktives Jobticket für Bundesbeschäftigte im Einzugsgebiet des RMV zu realisieren, ist letztendlich eine finanzielle Bezuschussung durch den Bund. In der freien Wirtschaft ist dieses Modell gängige Praxis und wird insbesondere bei den mittelgroßen und großen Unternehmen im Rhein-Main-Gebiet (Banken, Versicherungen, Luftfahrtunternehmen, FRAPORT AG, ectpp.) mit hohen Bezuschussungsquoten durch die jeweiligen Arbeitgeber und dementsprechend niedrigen Jobticketpreisen für die Belegschaft aktiv gelebt. Zusätzlich wird das Jobticket in der internen und externen Kommunikationsstrategie dieser Unternehmen als nachhaltiges Benefit beworben. Dem Personalrat liegen Informationen dazu vor, dass der Vorstand der Deutschen Bundesbank für alle dort beschäftigten Bundesbeamten und Tarifbeschäftigten bereits im Mai 2019 ein kostenfreies Jobticket-Angebot mit dem RMV für den öffentlichen Personennahverkehr abgeschlossen hat. Wie wir aktuell erfahren haben, wurde das Angebot noch einmal deutlich erweitert, um noch mehr Beschäftigte dabei zu unterstützen, auf öffentliche Verkehrsmittel umzusteigen. Warum in puncto Jobticket Bundesbeschäftigte bei der Deutschen Bundesbank anderen Bundesbeschäftigten gegenüber bevorzugt behandelt werden, ist für uns nicht nachvollziehbar. Das Angebot von Jobtickets für Bundesbeschäftigte ist auch Thema einer Kleinen



Im Februar 2019 hat der damalige Personalratsvorsitzende Christian-Georg Brüchert die Chance genutzt und die Problematik des fehlenden Jobticket-Angebotes gegenüber Bundesfinanzminister Scholz angesprochen, als dieser im Rahmen eines Pressterters das HZA Frankfurt am Main besuchte. Der Minister zeigte sich offenkundig überrascht, dass in einer Metropolregion wie dem Rhein-Main-Gebiet kein Jobticket-Angebot für Bundesbeschäftigte besteht. Eine weitergehende Thematisierung oder Reaktion erfolgte aber nicht.

BDZ-Mitglieder im Personalrat beim HZA Frankfurt am Main
Lyoner Stern 3.OG / 3054
Hahnstraße 68 - 70
60528 Frankfurt am Main
Tel: 069 / 257829 -3196
personalrat@bdz-fra.de

Bei Fragen, Anregungen oder Problemen stehen Ihnen die BDZ-Mitglieder im Personalrat gerne für ein Gespräch im Lyoner Stern oder nach Rücksprache auch in Ihrem Arbeitsgebiet zur Verfügung.

Verfasser im Sinne des Presserechts:

Vorstand des BDZ Ortsverband Frankfurt am Main (Flughafen)



Florian Preißner
ÖPR-Vorsitzender



Christian-G. Brüchert
Vorstand



Maria Höcher
Vorstand



Carsten Friedrich



Alfred Benischke



Söhnke Fey



Carmen Goßmann

Anfrage (19/8089) der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen im Frühjahr 2019 im Deutschen Bundestag gewesen. Aus der Antwort kann entnommen werden, dass hinsichtlich der deutschen Metropolregionen nur im Rhein-Main-Gebiet kein adäquates Jobticketangebot für Bundesbeschäftigte besteht. Hier muss aus Sicht der BDZ-Fraktion nun endlich eine klare Entscheidung von ganz oben im Sinne Beschäftigten erfolgen.

Wie steht es eigentlich um den Vorstoß zum Firmenkundenrabatt?

Der RMV bietet neben klassischen Jobtickets auch noch einen Firmenkundenrabatt an. Unternehmen, Organisationen, Behörden oder Vereine müssen hinsichtlich einer Nutzung für mindestens 10 Beschäftigte persönliche Jahreskarten abnehmen und erhalten dann 10 Prozent Rabatt auf den Regelpreis der persönlichen Jahreskarte. Die mögliche Realisierung eines Firmenkundenrabattes wurde in der Vergangenheit bereits durch die GZD betrachtet. Da hierbei eine Sammelbezahlung aller seitens der Organisation abgenommenen Jahreskarten erfolgen müsste (Rechnungsstellung durch den RMV) bestand Klärungsbedarf bei der Frage der organisatorischen Abwicklung. Angestrebtes Ziel war eine Einbindung des BVA zum Zwecke eines einheitlichen Kundenmanagements für Bundesbeschäftigte im Einzugsbereich des RMV (Anmeldung, Abmeldung und Bezahlungsabwicklung). Dieses Ziel wurde bisher aber nicht erreicht.

Equipment für aktive Mittagspausen vorgeschlagen

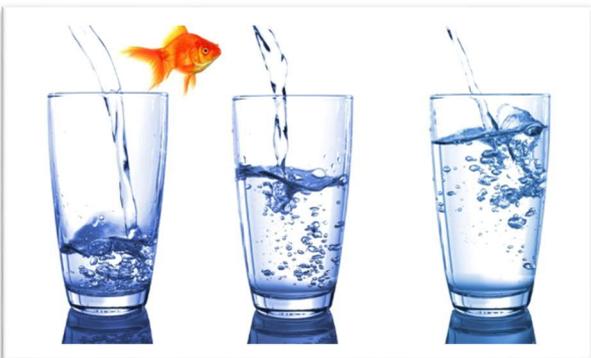
Im Zusammenhang mit der Restmittelverteilung von Haushaltsmitteln aus Kapitel 0811 Titel 44301 zur Durchführung gesundheitsfördernder Maßnahmen für das Jahr 2020, hat der Personalrat die Beschaffung von Equipment für aktive Mittagspausen vorgeschlagen. **Unter anderem geht es um die Beschaffung und Bereitstellung von Balance Pads und Powerball Handtrainern, die in Sozialräumen bereitgestellt werden könnten.** So beugt beispielsweise das regelmäßige Training mit dem Powerball Handtrainer Beschwerden wie Carpal-Tunnel-Syndrom, RSI (Repetitive Strain Injury-Syndrom), Tennis- und Golfarm oder Verspannungen im Arm, Nacken und Schultern vor.



Umfrage Flexzeit vs. Gleitzeit kommt

Dienststellenleitung und Personalvertretung haben sich bereits im Frühsommer auf eine Umfrage unter den Beschäftigten zu Frage der Einführung der flexiblen Arbeitszeit oder dem Fortbestand der Gleitzeit verständigt. Nunmehr ist die Umfrage fertig vorbereitet und einer Durchführung steht nichts mehr in Wege. Sollte als Umfrageergebnis mehrheitlich die Flexzeit gewünscht werden, wäre die Aufnahme von Verhandlungen hinsichtlich einer DV zur flexiblen Arbeitszeit die Folge. Anderenfalls kann die DV zur gleitenden Arbeitszeit beibehalten werden. Die Umfrage wird durch eine kurze Übersicht flankiert, die die wesentlichen Knackpunkte der beiden Wahlmöglichkeiten gegenüberstellt.

BDZ fordert Qualifizierungsoffensive für den Aufstieg in den gehobenen Dienst



Die Generalzolldirektion (GZD) bereitet derzeit das Auswahlverfahren für die fachspezifische Qualifizierung nach § 38 BLV (Zulassungszeitpunkt: 1. April 2021) vor. Dazu wurden etwa 180 Dienstposten im Mitarbeiterportal Zoll veröffentlicht, auf die sich interessierte Beamte(innen) der Laufbahn des mittleren Zolldienstes noch bis zum 9. Oktober 2020 bewerben können. Die Anzahl der Bewerberinnen und Bewerber, die zum April 2021 zugelassen werden können, wird von der GZD noch gesondert festgelegt. Für den BDZ steht die zahlenmäßige Forderung der Zulassung interessierter Beamt(innen) seit der Einführung der fachspezifischen Qualifizierung innerhalb der Zollverwaltung fest: mindestens 300 Aufstiegsbeamt(innen) sollten jährlich zur fachspezifischen Qualifizierung zugelassen werden. Die Planstellenentwicklung und komplexere Aufgabendienste des Zolls rechtfertigen eine Personalentwicklung mittels einer nachhaltigeren Berücksichtigung von beruflichen Erfahrungswerten und

Fähigkeiten. Der BDZ konnte bereits zum letzten Zulassungszeitpunkt eine erfolgreiche Steigerung der Zulassungszahlen von 75 auf 100 Aufstiegsbeamt(innen) erreichen. An dieser Tendenz gilt es im breiteren Umfang festzuhalten. <https://www.bdz.eu/medien/nachrichten/detail/news/bdz-fordert-qualifizierungsoffensive-fuer-den-aufstieg-in-den-gehobenen-dienst-nach-38-bundeslauf.html>

Flexibilisierung der mobilen Arbeit

Der Personalrat hat beschlossen, den Bezirkspersonalrat bei der GZD mit der Bitte um Anpassung der Rahmendienstvereinbarung „Mobiles Arbeiten“ anzuschreiben. Derzeit gibt § 2 Abs.4 der Rahmendienstvereinbarung vor, dass für die Ausübung der mobilen Arbeit konkrete vorübergehende persönliche oder dienstliche Gründe vorliegen müssen. Der Personalrat strebt - insbesondere aufgrund der positiven Erfahrungen der letzten Monate - an, dass für die Beantragung von mobiler Arbeit künftig keine konkreten persönlichen oder dienstlichen Gründe mehr vorliegen müssen. Dieses Ziel kann jedoch nicht allein durch Anpassung der örtlichen DV zur mobilen Arbeit erreicht werden. Der Vorgang ruht nunmehr auf örtlicher Ebene, bis die überarbeitete Rahmendienstvereinbarung vorliegt. **Nachtrag: Zwischenzeitlich liegen uns Informationen dazu vor, dass der Hauptpersonalrat beim BMF plant eine komplett neue Dienstvereinbarung zu den Themenfeldern Telearbeit und mobile Arbeit zu verhandeln. Und auch der Bezirkspersonalrat und die Leitungsebene der GZD führen bereits Gespräche zu diesem Thema, um eine weitere Flexibilisierung zu etablieren.**



Am 1. Oktober 2020 wurden die ersten drei Tarifbeschäftigten beim HZA Frankfurt am Main verbeamtet. Unser Personalratsvorsitzender Florian Preißner beglückwünschte die beiden Kolleginnen und den Kollegen persönlich und wünschte für die bevorstehende dreijährige Probezeit viel Kraft und alles Gute. v.l.n.r. Bettina Marthe, Vanessa Meckel, Yannick Hassenzahl, Florian Preißner

Der Mindestabstand wurde lediglich einen kurzen Moment für das Bild unterschritten.

Bundeshaushalt 2021: BDZ-Bundesvorsitzender Dieter Dewes im Gespräch mit Haushalts- und Finanzpolitikern



Derzeit laufen die Vorbereitungen zur Aufstellung des neuen Bundeshaushalts. Bundesfinanzminister Olaf Scholz (SPD) stellte am 23.09.2020 im Haushaltsausschuss den Regierungsentwurf zum Bundeshaushalt 2021 sowie die Finanzplanung 2022 bis 2024 vor. Der BDZ Bundesvorsitzende Dieter Dewes führt im Zusammenhang mit den Haushaltsberatungen zahlreiche Gespräche mit Haushalts- und Finanzpolitikern. Am 29.09.2020 traf Dewes in Berlin den CDU Abgeordneten Dr. Berghegger, der seit Jahren ein bewährter und konstruktiver Verhandlungspartner des BDZ ist. Als mehrjähriger Berichterstatter für den Einzelplan 08 des Bundeshaushalts im Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestags setzte er sich in der Vergangenheit nachdrücklich für eine Verbesserung der Planstellensituation sowie der Sachausstattung des Zolls ein. Dewes wird sich auch in weiteren Gesprächen mit Haushalts- und Finanzpolitikern für eine Nachbesserung des Regierungsentwurfs einsetzen. Informationen zu dem Gespräch und der Kritik des BDZ am aktuellen Regierungsentwurf, so-

wie den Themenschwerpunkten Röntgenkonzept, E-Commerce, Digitalisierungsvorhaben (IT) finden Sie unter www.bdz.eu/meldungen/nachrichten/detail/news/bundesvorsitzender-dewes-im-gespraech-mit-haushalts-und-finanzipolitikern.html

Abstand halten, Maske auf und trotzdem laut: Demo in Berlin mit starker BDZ-Präsenz

Am 22. und 23. Oktober 2020 werden sich Gewerkschaften und Arbeitgeber zur dritten Verhandlungsrunde in Potsdam treffen. Damit geht die diesjährige Einkommensrunde im öffentlichen Dienst von Bund und Kommunen in die entscheidende Phase. Am 24. September 2020 fand in Berlin eine Demonstration der dbb Gewerkschaften unter hoher Beteiligung des BDZ statt. Mit einem Demonstrationszug vom Haus der Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände (VKA) zum Bundesfinanzministerium verließen unter corona-gerechten Bedingungen Beamte und Angestellte ihren berechtigten Forderungen Nachdruck. **Bislang hat die Arbeitgeberseite keinen Willen zum Kompromiss erkennen lassen und sich aufs Mauern verlegt. Sie wiesen die Gewerkschaftsforderungen nach deutlichen Einkommenserhöhungen als völlig überzogen zurück und streben eine Nullrunde mit langer Laufzeit an. Auch die Forderung nach einer Angleichung der Wochenarbeitszeit auf 39 Stunden sei nicht akzeptabel.**



Adelheid Tegeler, Mitglied der Bundestarifkommission und stellvertretende BDZ-Bundesvorsitzende, machte in ihrer Rede bei der Abschlusskundgebung vor dem Bundesfinanzministerium deutlich, dass sich an der Forderung nach einer Erhöhung der Tabellenentgelte um 4,8 %, mindestens aber 150 € bei einer Laufzeit von 12 Monaten nichts geändert habe. Nicht erst seit der Corona-Krise sei der öffentliche Dienst systemrelevant. Aber gerade in der Corona-Krise konnten die Bürgerinnen und Bürger feststellen, dass man sich auf den öffentlichen Dienst verlassen kann. Für die Einnahmeausfälle durch den Corona-Lockdown gebe es umfangreiche Ausgleichszahlungen des Bundes. Über eine vollständige Auszahlung müssten sich die Kommunen aber mit ihren Landesregierungen auseinandersetzen. Die Arbeitgeber könnten den Druck nicht einfach an die Kolleginnen und Kollegen weitergeben. Auch die auf die Jugend bezogenen Forderungen nach einer Erhöhung der Ausbildungs- und Praktikantenentgelte um 100 € und einer verbindlichen Zusage zur Übernahme der Auszubildenden würden aufrechterhalten. Diese Forderung sei erforderlich, um den öffentlichen Dienst zukunftsfähig zu halten. Nicht nur die Bundesfinanzverwaltung wird vom demografischen Wandel überrollt. Auf allen Ebenen des öffentlichen Dienstes wurde über Jahre am Personal gespart und nun fehlt das Personal an allen Ecken. Abschließend betonte Adelheid Tegeler, dass BDZ und dbb eine zeitgleiche und systemgerechte Übertragung des Verhandlungsergebnisses auf die Beamten und Versorgungsempfänger des Bundes sowie die Reduzierung der 41-Stunden-Woche im Bereich der Bundesbeamten fordern. Wir erwarten vom Verhandlungsführer des Bundes, Horst Seehofer, dass die

41-Stunden-Marke endlich fällt. Die 41-Stunden-Woche war von Anfang an ungerecht. Aber mit jedem Jahr, mit dem die Notlösung verlängert wird, und sich mehr und mehr zu einer für den Bund billigen Dauerlösung auf Kosten der Bundesbeamtinnen und -beamten entwickelt, hat sich das Unrecht vergrößert. Spätestens seit 2015 hat der Bund bei seinen Beschäftigten ein Glaubwürdigkeitsproblem. Das sollten wir nun endlich lösen. Aufgrund der schwierigen Verhandlungen mit Bund und Kommunen ist es umso wichtiger, vor Ort Präsenz zu zeigen. Der BDZ-Bundesvorsitzende dankt den zahlreichen Teilnehmer(inne)n des BDZ, die unter den erschwerten Corona-Bedingungen und unter Inanspruchnahme von Urlaub bzw. Zeitausgleich nach Berlin gekommen sind, um für unsere Forderungen gemeinsam zu demonstrieren. Dankeschön!

In eigener Sache: OV-Versammlung und Bowlingturnier fallen aus

Die für November 2020 geplante Ortsverbandsversammlung und das anschließende Bowlingturnier müssen aufgrund der Corona Pandemie ausfallen. Alle unsere Mitglieder erhalten hierzu eine gesonderte E-Mail im Oktober 2020. Corona erschwert nicht nur unsere Gewerkschaftsarbeit, sondern auch unsere Personalratsarbeit. Wir sind für euch aber dennoch erreichbar. Der persönliche Kontakt vor Ort ist aufgrund der besonderen Situation (Kontaktminimierung) leider nicht in gewohnter Weise möglich. Unsere Personalratsmitglieder Carsten Friedrich (IPZ), Söhnke Fey (Ü-Gruppe), Alfred Benischke (LCC) und Carmen Goßmann (AKZ) stehen in ihren Arbeitsbereichen für Fragen, Anregungen oder Kritik zur Verfügung. Unsere freigestellten Vorstandsmitglieder Maria Höcher, Christian-Georg Brüchert und Florian Preißner sind über die Telefonnummern im Personalratsbüro erreichbar. Unser Personalratsvorsitzender Florian Preißner nimmt die „Außentermine“ wahr und ist somit auch als unser Ansprechpartner vor Ort. Wir hoffen, dass die Kontaktbeschränkungen bald der Vergangenheit angehören und wir in gewohnter Weise wieder vermehrt den direkten Kontakt mit euch haben werden. Bis dahin: Bleibt gesund!